

# Peking lässt Familien im Stich

Eltern von Melamin-Opfern müssen in China die Behandlungskosten selbst zahlen

Von Marcel Grzanna

**PEKING.** Der Skandal um ver-  
seuchtes Milchpulver in  
China sprengt nicht nur alle  
Dimensionen, er treibt die  
am schlimmsten betroffenen  
Familien auch noch in den  
Ruin. Trotz Zusage der Regie-  
rung, die Behandlungskosten  
für erkrankte Kinder zu  
übernehmen, klagen zahlrei-  
che Eltern über mangelnde  
finanzielle Unterstützung.  
Der 27 Jahre alte Yang Yong  
aus Sichuan hat seit Mai  
50 000 Yuan, umgerechnet  
rund 5500 Euro, für die  
Behandlung seines Sohnes aus-  
geben müssen. Das ent-  
spricht mehr als dem dreifachen  
Jahreseinkommen des  
Bauern. Das Geld hat er sich  
bei Familienangehörigen ge-  
liehen.

Yang und seine Frau hatten  
ihren 13 Monate alten Sohn  
seit dessen Geburt mit ver-  
seuchtem Milchpulver des  
Herstellers Sanlu gefüttert.  
Seit Mai ist das Kind in Be-  
handlung. Erst Anfang Sep-  
tember wurde jedoch öffent-  
lich gemacht, dass das Pulver  
wegen eines zu hohen Mela-  
mingehalts die Ursache für  
das Leiden bildet. In der Zwi-  
schenzeit fütterten die Eltern  
das Kind weiterhin arglos  
mit Sanlu-Pulver. Am vergan-  
genen Mittwoch schließlich  
wurde der Junge operiert.  
Nierenversagen lautete die  
Diagnose. „Das Krankenhaus  
hatte uns darauf vorbereitet,  
dass wir die Operation selber  
bezahlen müssen“, sagt Yang.  
In einem Monat steht dem  
Kind ein weiterer Eingriff be-  
vor, erzählt der Vater mit tie-  
fen Sorgenfalten.

Am 17. September hatte das  
chinesische Kabinett um Mi-  
nisterpräsident Wen Jiabao  
einen Sofortmaßnahmen-



Hilfe erhalten durch Melamin-Pulver erkrankte Babys in China nur durch Eltern und Ärzte. Der Staat lässt die Opfer allein. Trotz Zusagen erhalten die Familien bislang kein Geld für die Behandlungen.

Foto: AFP

Katalog als Reaktion auf den  
Skandal beschlossen. Unter  
anderem hieß es darin (laut  
der staatlichen chinesischen  
Nachrichtenagentur), dass  
den „erkrankten Kindern  
kostenfreie Behandlung“ zu-  
teil werden solle. Die Realität  
jedoch sieht anders aus.  
Staatliche Kinderkrank-  
enhäuser in Shanghai und Gu-  
angzhou bestätigen, dass es

keine kostenlose Behand-  
lung gibt. Lediglich die Kos-  
ten für Tests waren den El-  
tern abgenommen worden.  
Doch auch Tests müssen be-  
sorgte Eltern inzwischen  
wieder selber bezahlen. Zu  
Wochenbeginn gab das Ge-  
sundheitsministerium neue  
Zahlen heraus, wonach  
294 000 Kinder erkrankt und  
sechs verstorben seien. Rund

150 schweben weiterhin in  
Lebensgefahr. Zuvor war wo-  
chenlang offiziell nur von  
knapp 60 000 Kindern und  
vier Todesfällen die Rede.

In der vergangenen Woche  
war Yang nach Peking ge-  
reist. Dort traf er Eltern von  
anderen erkrankten Kin-  
dern. So wie Zhou Xiong aus  
der Hubei-Provinz, den seine  
Frau in die Hauptstadt be-

gleitete. Auch sie bangen um  
das Leben ihres Sohnes. „Nie-  
mand kann uns zurzeit sa-  
gen, ob unser Junge über-  
lebt“, sagt Zhou. Das Kind  
wurde bereits zweimal ope-  
riert, um sein Leben zu re-  
ten. 60 000 Yuan hat Zhou  
bislang gezahlt. Gemeinsam  
wollen Zhou, Yang und die  
anderen Regierung und Her-  
steller dazu bewegen, eine

Stiftung einzurichten, die  
sämtliche Kosten für mög-  
liche Langzeitbehandlungen  
der Kinder abdeckt. „Es geht  
mir nicht darum, Geld wie-  
derzubekommen, sondern  
darum, dass ich sicher sein  
kann, dass alle kommenden  
Kosten getragen werden“, ar-  
gumentiert Yang.

Zusammengefunden ha-  
ben sich die Familien im In-  
ternet. Dort hatte ein Vater  
aus Peking eines nur leicht  
erkrankten Jungen ein Fo-  
rum eingerichtet. Initiator  
Zhao Lianhai hatte anfangs  
eine Sammelklage gegen die  
Industrie angestrebt. Diese  
Idee hat er inzwischen fallen  
gelassen. Auch weil ihm Be-  
amte der Staatssicherheit  
kürzlich einen dreistündigen  
Besuch abstatteten. „Man hat  
mir gesagt, ich solle mich  
nicht ausnutzen lassen von  
Leuten, die China schaden  
wollten“, sagt Zhao. Es war  
eine indirekte Warnung, den  
Bogen nicht zu überspannen  
und besser auf eine Klage zu  
verzichten. Außerdem rieten  
ihm die Beamten, die Inter-  
netseite ruhen zu lassen.

Doch Zhao macht weiter.  
Jetzt jedoch mit der Absicht,  
eine Stiftung anzulegen. Zu-  
mal sich Anwälte für eine  
Klage kaum finden lassen in  
dieser Angelegenheit. Die  
Zunft hatte Warnungen von  
Behörden erhalten, Eltern  
von Melamin-Opfern zu ver-  
treten. Zhou Xiong aus der  
Hubei-Provinz hatte es da-  
raufhin auf eigene Faust ver-  
sucht. Das Gericht sagte ihm,  
dass die Zulassung der Klage  
allein 60 000 Yuan kosten  
würde. Ein absurde Forde-  
rung, die Zhou zudem nicht  
allein finanzieren kann. Es  
sei denn, er würde künftig  
auf die Behandlung seines  
Sohnes verzichten.

## Was geschah in Treuenbrietzen?

Zwei Massaker in den letzten Kriegstagen – Von DDR verheimlicht

Von Peter Gärtner

**TREUENBRIETZEN.** Schon als  
Kind wunderte sich Wolf-  
gang Ucksche über die vielen  
Toten. Als der heute 52-Jäh-  
rige in den 70er Jahren zur  
Schule ging, führte sein Weg  
stets am Friedhof des märki-  
schen Städtchens Treuen-  
brietzen vorbei. Auf den  
Grabsteinen las er immer  
wieder die unzähligen Na-  
men jener Bürger, die hier am  
23. April 1945 ums Leben ka-  
men. In der Schule erklärten  
die Lehrer die Toten zu Op-  
fern eines alliierten Luftan-  
griffs. Den hat es tatsächlich  
ein paar Tage zuvor auf den  
Bahnhof und eine Munition-  
fabrik gegeben; doch mit  
dem gewaltsamen Tod von  
rund tausend Einwohnern  
und Flüchtlingen hatte die  
Bombardierung nichts zu  
tun.

Es war allein bis 1989/90  
die offizielle SED-Lesart des

für viele Unfassbaren: „Jeder  
zehnte Einwohner wurde  
umgebracht.“ Ucksche ließ  
das Schicksal dieser Men-  
schen nicht los. Schon zu  
DDR-Zeiten – als das Massa-  
ker ein striktes Tabuthema  
war – fand er heraus, dass es  
an diesem Tag zwei Massen-  
hinrichtungen gegeben hat:  
Rund tausend deutsche Män-  
ner, Frauen und Kinder wur-  
den wie Vieh in einem Wald  
zusammengetrieben und von  
sowjetischen Militärangehö-  
rigen erschossen. Nur ein  
paar Kilometer entfernt wur-  
den mehr als 120 italienische  
Zwangsarbeiter in einer  
Kiesgrube von Waffen-SS-  
oder Wehrmachtseinheiten  
brutal ermordet.

Bis heute, sagt der Mann,  
der in der Stadtverwaltung  
für Kultur und Tourismus  
zuständig ist, sei unbekannt,  
warum derart viele Men-  
schen sterben mussten. Nach  
63 Jahren hat jetzt die Staats-

anwaltschaft Potsdam das  
Ermittlungsverfahren wegen  
schwerer Kriegsverbrechen  
wiederaufgenommen und  
erstmals ein Auskunftsersu-  
chen an die russische Gene-  
ralstaatsanwaltschaft in  
Moskau gestellt. Parallel ver-  
sucht seit 2003 die Staatsan-  
waltschaft in Ancona, der  
Heimat eines der vier Überle-  
benden des zweiten Massa-  
kers, die Geschehnisse zu re-  
konstruieren; dieses Verfah-  
ren wird inzwischen in Lud-  
wigsburg weitergeführt. Es  
ist einer der letzten Fälle der  
Zentralen Stelle für die Auf-  
klärung für NS-Verbrechen.  
„Für uns ist es bis heute ein  
Rätsel, was die beiden Massa-  
ker auslöste“, berichtet  
Ucksche.

Zwar hat der Mann ge-  
meinsam mit Hinterbliebe-  
nen zahlreiche Augenzeugen  
befragt, als dies nach der  
Wende in der DDR möglich  
war. Heute steht auch zwei-

felsfrei fest, dass Treuen-  
brietzen am 21. April von der  
Roten Armee eingenommen  
wurde, deren Einheiten dann  
in der Nacht vom 22. auf  
23. April von Wehrmacht-  
verbänden wieder aus der  
Stadt herausgedrängt wor-  
den sind. Stunden später ge-  
lang es den sowjetischen  
Truppen, die Stadt zurückzu-  
erobern.

Aber was danach geschah,  
lässt sich bislang nicht re-  
konstruieren. Gerüchten zu-  
folge soll bei der Siegesfeier  
ein sowjetischer Oberstleu-  
tant erschossen worden sein.  
„Die Rede war von einem SS-  
Mann als Täter. In einer an-  
deren Version soll der Offi-  
zier nach einem Streit von ei-  
nem eigenen Mann getötet  
worden sein.“

Unmittelbar danach  
müsse es zu dem in Deutsch-  
land einmaligen Massaker an  
Zivilisten gekommen sein.  
Inzwischen sei mit den italie-

### Massaker

Vielleicht hast du dieses  
Wort schon mal gehört im  
Zusammenhang mit dem  
**Columbine-Schulmassa-  
ker.** In den USA haben  
zwei durchgeknallte Schü-  
ler 1999 **skrupellos** zwölf  
Schüler und einen Lehrer  
erschossen und 24 weitere  
Menschen verletzt. Mit  
Massaker meint man also  
einen grausamen **Massen-  
mord**, der häufig im Zu-  
sammenhang steht mit  
Motiven wie **Hass und Ra-  
che.** In Kriegen kam  
und kommt es leider im-  
mer wieder zu Massakern,  
häufig an der **Zivilbevölke-**



**Na klar!**  
Erzählgeschichte für Kinder

**lung.** Ein besonders  
schlimmer Massenmord  
ereignete sich 1995 wäh-  
rend des Bosnienkrieges in  
**Srebrenica**, als bosnisch-  
serbische Soldaten 8000  
Bosniaken, Männer und  
Jungen ab 12 Jahren, im  
Wald erschossen. Massa-  
ker führten auch dazu,  
dass in den USA ganze **In-  
dianerstämme** ausge-  
löscht wurden. *tac*

nischen Hinterbliebenen ein-  
fester Kontakt gewachsen,  
heißt es im Rathaus der  
heute gut 8000 Einwohner  
zählenden Fläming-Stadt.  
Und zum 60. Jahrestag des  
Kriegsendes vor drei Jahren  
kam erstmals auch eine rus-  
sische Abordnung zum ge-  
meinsam mit den Italienern  
begangenen Gedenktag am

23. April. Ob sich die Verb-  
rechen juristisch aufklären las-  
sen, selbst wenn die russi-  
sche Justiz konkrete Infor-  
mationen übermittelt, ist  
fraglich. Nach 63 Jahren,  
meint Ucksche, seien die  
Hintergründe wichtiger als  
die Schuld. Die Haupttäter  
auszumachen dürfte fast un-  
möglich sein.



**Straßenschlachten** lieferten sich am Wochenende Tausende Autonome mit der Polizei in Athen.

Foto: AFP

## Athener City wie ein Schlachtfeld

Schwere Krawalle Autonome nach Tod eines Jugendlichen

Von Takis Tsafos

dpa **ATHEN.** „Es ist wie im  
Krieg“, sagt die Inhaberin ei-  
nes Schuhgeschäfts im Zen-  
trum Athens angesichts der  
Krawalle. In der griechischen  
Hauptstadt und anderswo lie-  
ferten sich Steine werfende,  
anarchistisch ausgerichtete  
Autonome und die Polizei am  
Wochenende stundenlang  
Straßenschlachten.

Dutzende Läden und 20  
Banken standen bereits in der  
Nacht zum Sonntag in Flam-  
men. Die Sicherheitskräfte  
gingen mit Tränengas gegen  
die Randalierer vor, die Autos  
umwarfen und als Barrikaden

benutzten. „Mein Geschäft ist  
ausgebrannt“, berichtet die  
Inhaberin des Schuhladens  
gestern weiter. „Ich bin am Ende.  
Die Chaoten haben alles zer-  
stört.“

Auslöser war der Tod eines  
Jugendlichen durch eine Poli-  
zeikugel. Ein 37 Jahre alter Be-  
amter, der den Schuss abgege-  
ben haben soll, sagte aus, er  
habe lediglich drei Warn-  
schüsse abgefeuert. Einer da-  
von habe den Jugendlichen als  
Querschläger getroffen. Zuvor  
habe eine Gruppe Autonome  
seinen Streifenwagen, in dem  
er zusammen mit einem Kolle-  
gen gesessen habe, mit Steinen  
angegriffen.

„Mörder, Mörder“ skandier-  
ten die Demonstranten ges-  
tern immer wieder. Die Lage  
hatte sich am Abend zwar  
leicht entspannt. „Von Entwar-  
nung kann jedoch nicht die  
Rede sein“, sagte ein Polizeiof-  
fizier im Rundfunk. Rund 1000  
Jugendliche hätten sich in den  
Gebäuden des Polytechni-  
kums im Zentrum Athens ver-  
barrikiert und warfen im-  
mer wieder Brandflaschen auf  
die Polizei. Die Behörden be-  
fürchteten Unruhen auch in  
der Nacht.

Schon seit Jahrzehnten ver-  
üben Autonome in der griechi-  
schen Hauptstadt fast jede  
Nacht Brandanschläge. Ihre

Attacken richten sich gezielt  
gegen Banken, Vertretungen  
multinationaler Unterneh-  
men und Polizeistationen, da-  
gegen verschonen sie in der  
Regel die Geschäfte der „kleinen  
Leute“ wie Kneipen oder Im-  
bissbuden. Mit ihren Anschlä-  
gen „kommentieren“ sie das  
nationale wie internationale  
politische Geschehen.

Innenminister Prokopis  
Pavlopoulos steht vor einer  
schwierigen Aufgabe. Auf kei-  
nen Fall will er mit der  
Brechtstange der Staatsgewalt  
vorgehen: „Wir müssen die  
Menschenrechte achten und  
den Chaoten das Handwerk le-  
gen. Das ist nicht so leicht.“

### PRESSESCHAU

#### Quäber Nachrichten

**Die Zeitung schreibt zu  
Merks Krisenführung:**  
„Bevor neue Maßnahmen  
angeschoben werden, sollte  
erst einmal das auf den Weg  
Gebrachte in Kraft getreten  
sein. Und wenn mehr getan  
werden muss, was sich ab-  
zeichnet, geht es nicht ohne  
sorgfältige Tauglichkeits-  
prüfung. Merkel unter  
Druck? Eher im Einklang  
mit den Deutschen. Die  
nehmen die Krise so wie sie:  
ernst, aber ohne die ihnen  
sonst nachgesagte Weltun-  
tergangsverliebtheit.“

#### Süddeutsche Zeitung

**Das Münchner Blatt be-  
fasst sich mit dem Erb-  
schaftsteuerstreit:**  
„Wer erbt, dem fällt ein Ver-  
mögen in den Schoß, für  
dessen Aufbau er zumeist  
keinen Finger rühren muss-  
te. Welchen Grund soll es ge-  
ben, diesen Wohlstandszu-  
wachs nicht zu besteuern?  
Wer nicht Kind reicher El-  
tern ist und sein Vermögen  
selbst erarbeiten muss, wird  
schließlich auch vom Fiskus  
belangt. Dass darüber über-  
haupt noch diskutiert wer-  
den muss, zeigt, dass man-  
che noch immer nicht be-  
griffen haben, wie tief das  
Misstrauen vieler Bürger in  
die Gesellschaftsordnung  
mittlerweile ist.“

#### Hannoversche Allgemeine

**Die Zeitung meint zum  
Kampf gegen Piraterie:**  
„Die Kabinettsentschei-  
dung, die am Mittwoch  
nächster Woche getroffen  
werden soll, wird der Be-  
drohungslage auf einer der  
wichtigsten Schifffahrts-  
routen nicht gerecht. Wenn  
Deutschland sich weiter-  
hin weigert, aktiv gegen  
Seeräuber vorzugehen, ob-  
wohl es dazu besser als  
viele andere in der Lage ist,  
muss sich niemand wun-  
dern, wenn sich die Piraten  
auf die Schenkel schlagen,  
sich bei den deutschen Sol-  
daten Frust einstellt und  
die Verbündeten Angstha-  
sen an ihrer Seite wähen.“

#### die tageszeitung

**Das Berliner Blatt äußert  
zum Scheitern der EU-Ein-  
greiftruppe für den Kongo:**  
„Eine europäische Militä-  
rintervention im Ostkongo  
hätte mehr Probleme verur-  
sacht, als sie gelöst hätte.  
Belgien führte bis 1960 im  
Kongo das brutalste Koloni-  
alregime ganz Afrikas;  
Frankreich unterstützte  
1994 die für den Völkermord  
in Ruanda Verantwortlichen.  
Das sind so ziemlich die ungeeigneten  
Nationen, um heute im  
Kongo direkt an der ruandi-  
schen Grenze als Ordnung-  
smächte aufzutreten.“

### HISTORISCH

#### 8. Dezember

**1938** – In Kiel läuft der  
erste und einzige deutsche  
Flugzeugträger, die „Graf  
Zeppelin“, vom Stapel.  
Ohne zum Einsatz gekom-  
men zu sein, wird er am 24.  
April 1945 an der Oder ver-  
senkt.

**1948** – Die Schweiz wird  
Mitglied der UNESCO.

**1963** – Die Hauptstadt von  
Costa Rica, San José, ist mit  
einer acht Zentimeter di-  
cken Schicht vulkanischer  
Asche bedeckt. Ein 35 Kilo-  
meter entfernt liegender  
Vulkan schleuderte seit Ta-  
gen eine Menge von 55 Ton-  
nen Asche pro Tag in die  
Luft.

**1988** – Der Absturz einer  
US-Militärmaschine über  
der Innenstadt von Rem-  
scheid fordert sechs Men-  
schenleben und 50 Verletz-  
te. 20 Häuser werden zer-  
stört.